

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Freitag, 20. Mai 1966

Blatt 1280

Geehrte Redaktion!

Große Feuerwehr-Vorführung in der Zentrale Am Hof

=====
Die Bergung von eingeklemmten Personen wird demonstriert

20. Mai (RK) Tagtäglich lesen wir in den Zeitungen von Unfällen im Straßenverkehr, in Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft usw. Und fast tagtäglich lesen wir, daß von Feuerwehr und Polizei Unfallsopfer, die in Autowracks hilflos eingeklemmt sind, aus ihrer fürchterlichen Lage befreit werden.

Welche modernen Behelfe die Feuerwehr zur Bergung von eingeklemmten Personen nach Unfällen zur Verfügung hat und wie eine solche Bergung überhaupt vor sich geht, wird die Wiener Feuerwehr am kommenden Donnerstag, dem 26. Mai, um 8.30 Uhr, im Hof der Feuerwehrzentrale, 1, Am Hof 10, demonstrieren. Die Anregungen zu dieser praktischen Vorführung, die im Interesse des Unfallschutzes von größtem Interesse sein wird, stammt von Stadtrat Rudolf Sigmund; sie wurde von Branddirektor Dipl.-Ing. Franz Havelka unverzüglich aufgegriffen.

Geehrte Redaktion, Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Vorführung der Wiener Feuerwehr zu entsenden. Termin: Donnerstag, 26. Mai, 8.30 Uhr. Ort: Hof der Feuerwehrzentrale, 1, Am Hof 10.

"Engagierte Kunst" im Künstlerhaus
=====

20. Mai (RK) Am Donnerstag, dem 26. Mai, wird im Französischen Saal des Künstlerhauses die von der Direktion der Wiener Festwochen veranstaltete Ausstellung "Engagierte Kunst - gesellschaftskritische Graphik seit Goya" eröffnet werden. Dies ist nach Ansicht maßgebender Experten seit den dreißiger Jahren die erste umfassende Schau, in welcher das sozialkritische Moment in der Geschichte der bildenden Kunst vor Augen geführt wird. Der Akzent liegt auf der Graphik des 19. und 20. Jahrhunderts. Unter den zahlreichen Künstlern, die hier vertreten sind, seien vor allem genannt: Daumier, Ensor, Grosz, Gulbransson, Kokoschka, Kollwitz, Kubin, Manet, Manzu, Masereel, Picasso, Rouault und Valloton.

Die sorgfältige Vorbereitung der Ausstellung ermöglicht es, Leihgaben aus zahlreichen Ländern der Schau einzuverleiben. Insbesondere wird hier zeitgenössische Graphik aus Österreichs Nachbarländern, sowie aus Holland, Frankreich und Polen vertreten sein. Eine besondere Attraktion der Ausstellung bilden die auf einer Plakatwand gezeigten rund 70 Plakate des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Ausstellung wird bis zum 3. Juli zugänglich sein, und zwar Montag bis Freitag von 11 bis 19 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 10 bis 18 Uhr.

- - -

W I E N E R F E S T W O C H E N 1.9.66

SAMSTAG, 21. Mai

F E I E R L I C H E E R Ö F F N U N G

der Wiener Festwochen 1966

20.30 Uhr RATHAUSPLATZ

(bei Schlechtwetter im Festsaal des Rathauses)

Armin Kaufmann / Festwochenfanfare

Bundeshymne

Begrüßung: Stadtrat Gertrude Sandner

W. A. Mozart / Eine kleine Nachtmusik, getanzt
vom Ballett der Wiener Staatsoper

Ansprache: Bürgermeister Bruno Marek

Friedrich Wildgans / Intrada

Ansprache: Bundesminister für Unterricht
Dr. Theodor Piffl-Percevic

Karl Schiske / Musik für Orchester, opus 6

Eröffnung: Bundespräsident Franz Jonas

Johann Strauß / An der schönen blauen Donau,
getanzt vom Ballett der Wiener
Staatsoper

Choreographie Prof. Willy Fränzl

Staatsopernballett: Klemisch, Maar, Wührer,
Zlocha, K.Musil, L.Musil,
Wilhelm und das Corps de ballet

Wiener Symphoniker

Dirigent Max Heider

20. Mai 1966

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1283

21.30 Uhr FESTBELEUCHTUNG DES RATHAUSES UND KONZERTE

RATHAUSPLATZ: Großes Blasorchester der Wiener
Stadtwerke-Gaswerke

ARKADENHOF DER WIENER UNIVERSITÄT: Chorkonzert
der Studentenchöre

BURGGARTEN: Musikkapelle des Gardebataillons Wien

HEILIGENKREUZERHOF: Chorkonzert der Wiener
Sängerknaben

HELDENPLATZ: Polizeichor Wien, Polizeimusik Wien

INNERER BURGHOF: Chorvereinigung "Jung-Wien"

JOSEFSPLATZ: Niederösterreichisches Tonkünstler-
orchester

ALBRECHTSRAMPE: Arbeitersängerbund, Vereinigte
Akkordeon-Orchester des VAMÖ,
Landesverband der Trachtenvereine

GRABEN: Wiener Männergesang-Verein

HOHER MARKT: Blasorchester der Wiener Stadtwerke-
E-Werke

FREYUNG: Blasorchester der Wiener Stadtwerke-
Verkehrsbetriebe, Bauleitung

GRABEN: Blasorchester der Wiener Verkehrsbetriebe,
Bahnhof Favoriten

NEUER MARKT: Blasorchester der Wiener Stadtwerke-
Verkehrsbetriebe, Direktion

200 JAHRE WIENER PRATER

15.00 Uhr KINDERKOSTÜMFEST
mit Preisen, Freifahrten und einem großen Umzug
über die Prater Hauptallee
(Veranstaltung der österreichischen Gesellschaft
"Rettet das Kind")

./.

20. Mai 1966

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1284

8.40 Uhr Empfang des Expreszuges "Wiener Walzer"
mit Spiel und Gesang

MARIONETTENTHEATER "Der Regenbogen", 15, Avedikstr. 27

15.30 Uhr "Der Barometermacher auf der Zauberinsel"
Zauberposse von F. Raimund

PUPP-ART-THEATER (Fadenbühne)
KÜNSTLERHAUS WIEN

17.00 Johann Nestroy / "Die Lazzi des Lumpazi"

SON ET LUMIERE vor dem Schloß Belvedere

20.30 "Das Spiel um Prinz Eugen"
(nur bei Schönwetter)

FLORIDSDORFER HEIMATMUSEUM

21, Prager Straße 33

Eröffnung der Ausstellung

"Karl Nieschlag, akad. Bildhauer"
Auswahl seiner Werke

SITZUNGSSAAL DES AMTSHAUSES

16, Richard Wagner-Platz 19

Eröffnung der Sonderausstellung

"Das Wirtshaus zum silbernen Kanderl"

im Gedenken an den Wiener Liederkomponisten
Franz Paul Fiebrich

- - -

W I E N E R F E S T W O C H E N 1 9 6 6

Sonntag, 22. Mai

THEATER AN DER WIEN

Uraufführung

19.30 Pedro Calderón de la Barca / Die Welt ist Trug
- Eigenproduktion der Direktion der Wiener Festwochen -

STAATSOPER

17.30 Richard Wagner / Die Meistersinger von Nürnberg

VOLKSOPER

19.00 Johann Strauß / Der Zigeunerbaron

BURGTHEATER

19.30 Günter Grass / Die Plebejer proben den Aufstand

AKADEMIETHEATER

20.00 Hugo von Hofmannsthal / Der Schwierige

THEATER IN DER JOSEFSTADT

15.30 Tennessee Williams / Endstation Sehnsucht

19.30 Tennessee Williams / Endstation Sehnsucht

VOLKSTHEATER

15.30 Rolf Hochhuth / Die Berliner Antigone
Hans Günther Michelsen / Helm
(Geschlossene Vorstellung)

19.30 Arthur Schnitzler / Komödie der Verführung

KAMMERSPIELE

20.00 Franz Molnar / Der Gardeoffizier

RAIMUNDTHEATER

19.30 Oscar Straus / Der letzte Walzer

KLEINES THEATER DER JOSEFSTADT IM KONZERTHAUS

16.00 Hans Krendlesberger / Die Aufgabe

20.00 Hans Krendlesberger / Die Aufgabe

20. Mai 1966

"Räthaus-Korrespondenz"

Blatt 1286

THEATER DER COURAGE

20.00 Georg Orgel / Schattenspiele (Die Blumö, Little Willie, Sperrstund')

ATELIERTHEATER AM NASCHMARKT

20.00 Edward Bond / Gerettet - gerettet!

DIE TRIBÜNE

20.00 "Blick zurück ohne Zorn"

THEATER IM PALAIS ERZHERZOG KARL

20.00 Arkadij Awertschenko / Grotesken

EXPERIMENT AM LICHTENWERD

20.00 Wolfgang Hildesheimer / Nachtstück, Unter der Erde

THEATER AM BÖRSEPLATZ

"Die Komödianten"

20.00 Bertold Brecht / Die Gewehre der Frau Carrar

GESELLSCHAFT DER MUSIKFREUNDE - Großer Saal

11.00 Eröffnungskonzert der Wiener Festwochen

Wiener Philharmoniker / Dir. Dr. Karl Böhm
Solist Wilhelm Backhaus

19.30 Wiener Symphoniker / Dir. Wolfgang Sawallisch
Solisten David und Igor Oistrach

Brahmssaal

19.30 Klavierabend - Jörg Demus

./.

20. Mai 1966

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1287

GESELLSCHAFT DER MUSIKFREUNDE

Archiv-Museum

"Die Handschriften der Meister"

Berühmte Werke der Tonkunst im Autograph

22. bis 26. Mai: J. S. B A C H

(täglich 11-13 Uhr und 16-19.30 Uhr)

HOFBURGKAPELLE

9.30 Haydn / Nelson-Messe

KARMEELITENKIRCHE

9.30 Bruckner / Messe in e-moll

PFARRKIRCHE MARIA GEBURT

10.00 Mozart / Messe in c-moll (Waisenhaus-Messe, KV 139)

SCHLOSS PÖTZLEINSDORF

18, Geymüllergasse 1

18.00 Abendliche Jagdmusik

Lainzer Jagdmusik mit ihren historischen Hörnern
(nur bei Schönwetter)

SPANISCHE REITSCHULE

10.30 Vorführung
anschl. Besuch der Stallungen

SON ET LUMIERE vor dem Schloß Belvedere

20.30 "Das Spiel um Prinz Eugen"
(nur bei Schönwetter)

FÜHRUNG ZUM MOZERT-GRAB

11.00 Friedhof zu St. Marx, Leberstraße 6-8, Wien 11

./.

20. Mai 1966

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1288

W I E N E R F E S T W O C H E N 1 9 6 6

Montag, 23. Mai

THEATER AN DER WIEN

Uraufführung

19.30 Josef Matthias Hauer / Die schwarze Spinne
- Eigenproduktion der Direktion der Wiener Festwochen -

STAATSOPER

19.00 Wolfgang Amadeus Mozart / Die Hochzeit des Figaro

VOLKSOPER

19.30 Otto Nicolai / Die lustigen Weiber von Windsor

BURGTHEATER

19.30 Günter Grass / Die Plebejer proben den Aufstand

AKADEMIETHEATER

20.00 Nikolaj Gogol / Der Revisor

THEATER IN DER JOSEFSTADT

19.30 Tennessee Williams / Endstation Sehnsucht

VOLKSTHEATER

19.30 Arthur Schnitzler / Komödie der Verführung

KAMMERSPIELE

20.00 Franz Molnar / Der Gardeoffizier

RAIMUNDTHEATER

19.30 Oscar Straus / Der letzte Walzer

KLEINES THEATER DER JOSEFSTADT IM KONZERTHAUS

20.00 Hans Krendlesberger / Die Aufgabe

THEATER IM ZENTRUM

20.00 Ernst Waldbrunn, Lida Winiewicz / Die Flucht

20. Mai 1966

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1289

THEATER DER COURAGE

20.00 Georg Orgel / Schattenspiele (Die Blumö, Little Willie,
Sperrstund')

ATELIERTHEATER

20.00 Edward Bond / Gerettet - gerettet!

GESELLSCHAFT DER MUSIKFREUNDE

Brahmssaal

19.30 Klavierabend - Jörg Demus

SON ET LUMIERE vor dem Schloß Belvedere

20.30 "Das Spiel um Prinz Eugen"
(nur bei Schönwetter)

JOSEFSTÄDTER HEIMATMUSEUM

8, Zeltgasse 7

Ausstellungs-Eröffnung

"Josef Matthias Hauer"

- - -

W I E N E R F E S T W O C H E N 1 9 6 6

HAUPTEREIGNISSE DER KOMMENDEN
WOCHE (22. bis 29. Mai 1966)

Sonntag, 22. Mai

THEATER AN DER WIEN

Uraufführung des Schauspiels "Die Welt ist Trug" von
Pedro Calderón de la Barca

- Eigenproduktion der Direktion der Wiener Festwochen -

GESELLSCHAFT DER MUSIKFREUNDE

Großer Saal: 11.00 Uhr Eröffnungskonzert der Wiener
Festwochen
Wiener Philharmoniker / Dir. Dr. Karl Böhm

19.30 Wiener Symphoniker / Dir. W. Sawallisch

GESELLSCHAFT DER MUSIKFREUNDE

Archiv-Museum: Ausstellungseröffnung

"Die Handschriften der Meister"
Berühmte Werke der Tonkunst im Autograph
Johann Sebastian Bach - bis 26. Mai

ABENDLICHE JAGDMUSIK

18.00 Uhr vor dem Pötzleinsdorfer Schloß

Montag, 23. Mai

THEATER AN DER WIEN

Uraufführung der Oper "Die schwarze Spinne" von
Josef Matthias Hauer

- Eigenproduktion der Direktion der Wiener Festwochen -

W I E N E R F E S T W O C H E N 1 9 6 6

HAUPTEREIGNISSE DER KOMMENDEN
WOCHE (22. bis 29. Mai 1966)

Montag, 23. Mai

THEATER IM ZENTRUM

Wiener Premiere des Schauspiels "Die Flucht" von
Ernst Waldbrunn und Lida Winiewicz

JOSEFSTÄDTER HEIMATMUSEUM

Ausstellungs-Eröffnung "Josef Matthias Hauer"

Dienstag, 24. Mai

KONZERTHAUS - Großer Saal

Schlußkonzert des Internationalen Wettbewerbs für
Modernen Jazz

Mittwoch, 25. Mai

THEATER IN DER JOSEFSTADT

Premiere Österreichischer Einakter-Abend
"O du mein Wien ...!"

PALAIS SCHWARZENBERG - Kuppelsaal

Madrigale und Tänze der Renaissance

Donnerstag, 26. Mai

GESELLSCHAFT DER MUSIKFREUNDE - Großer Saal

Gastkonzert der Berliner Staatskapelle / Dir. O. Suitner

KÜNSTLERHAUS - Französischer Saal

Ausstellungs-Eröffnung

"Engagierte Kunst - gesellschaftskritische Graphik
seit Goya"

./.

W I E N E R F E S T W O C H E N 1 9 6 6

HAUPTEREIGNISSE DER KOMMENDEN
WOCHE (22. bis 29. Mai 1966)

Freitag, 27. Mai

GESELLSCHAFT DER MUSIKFREUNDE - Großer Saal
Gastkonzert der Berliner Staatskapelle / Dir. O.Suitner

GESELLSCHAFT DER MUSIKFREUNDE - Archiv-Museum
"Die Handschriften der Meister" - Berühmte Werke der
Tonkunst im Autograph
Joseph Haydn und Wolfgang Amadeus Mozart - bis 31.Mai

KONZERTHAUS - Großer Saal
Festkonzert der Juroren des Internationalen Wettbewerbs
für Modernen Jazz Wien 1966

PALAIS SCHWARZENBERG - Kuppelsaal
Madrigale und Tänze der Renaissance

Samstag, 28. Mai

GESELLSCHAFT DER MUSIKFREUNDE - Großer Saal
Gastkonzert der Berliner Staatskapelle / Dir. O.Suitner

- - -

Wieder Rundfahrten "Neues Wien"
=====

20. Mai (RK) Am kommenden Montag, dem 23. Mai, wird das Rundfahrtenprogramm des Kulturamtes der Stadt Wien mit neuen Routen wieder aufgenommen. Ingenieure des Stadtbauamtes werden wie bisher als Führer fungieren und den Gästen die neuen Einrichtungen der Stadt Wien erklären.

Die Rundfahrten 1966 werden werktäglich auf fünf verschiedene Routen geführt. Abfahrtszeit von Montag bis Freitag ist jeweils 13.30 Uhr, am Samstag 13 Uhr. Die Abfahrt erfolgt vom Rathaus, Lichtenfelsgasse 2. Der Fahrpreis für die Routen 1, 2 und 3 beträgt 12.50 Schilling pro Person, für die Route 4 sind 20 Schilling und für die Route 5 18.50 Schilling zu bezahlen.

Der Kartenvorverkauf für die Rundfahrten findet von Montag bis Freitag in der Zeit von 11 bis 13 Uhr und am Samstag von 12 bis 13 Uhr im Kiosk in der Rathauseinfahrt, Lichtenfelsgasse 2, (Telefon 42 801, Klappe 2759) statt.

Die Fahrtdauer beträgt bei den Routen 1, 2, 3 und 5 rund zweieinhalb Stunden, bei der Route 4 etwa vier Stunden. In der folgenden Übersicht über die einzelnen Routen sind einige Örtlichkeiten unterstrichen. Bei ihnen ist ein kurzer Besichtigungsrundgang vorgesehen.

Route 1: Rathaus, Neubau des Allgemeinen Krankenhauses - Schwesternschule mit Internat und zwei Personalwohnhäusern, Internationales Studentenheim, Volksheim in der Krim, Volkschule in der Krim, Wohnhausanlage Daringergasse, Ausflugrestaurant Bellevue, Höhenstraße, Wohnhausanlage Alszeile, Wohnhausanlage Sandleiten, Wohnhausanlage Starckenburggasse, Umbau der Sandleitengasse, Volksheim Ottakring, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottakring, Rathaus.

Route 2: Rathaus, Verkehrsbauwerk Gürtel, drittes Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Wienerbergbrücke, Unterführung Breitenfurter Straße, Wohnhausanlage Gregorygasse, Wohnhausanlage Altmannsdorfer Straße, Schule Anton Baumgartner-Straße, Südbahneinfahrt, Schule Maiklgasse, Per Albin Hansson-Siedlung (Nord), Volkspark am Laaer Berg, Wohnhausanlage Eisenstadtplatz, Rathaus.

Route 3: Rathaus, Planetarium, Jubiläumshalle der Wiener Messe-AG, Wohnhausanlage Engerthstraße, Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Wohnhausanlage Vorgartenstraße mit Kindergarten, Markt und Bundesmittelschule, Reichsbrücke, Marshallhof mit Kindergarten und Volksheim, Wohnhausanlage Langobardenstraße, Montagebaufabrik mit Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Wohnhausneubauten an der Eipeldauer Straße, Wagramer Straße, Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder, Reichsbrücke, Rathaus.

Route 4: Rathaus, Karlsplatz, Südtiroler Platz, Favoritenstraße, Großgarage Raxstraße, Wohnhausanlagen Wienerfeld-Ost- und West, Liesingbachregulierung, Erholungsgebiet Laxenburg (Naturparkanlage-Franzensburg-Neuer Campingplatz), Rathaus.

Route 5: Rathaus, Hannovermarkt, Kindergarten Pappenheimgasse, Neubaugebiet in der Brigittenau, Adalbert Stifter-Straße, Floridsdorfer Brücke, Donaupark mit Donauturm, Kulturzentrum Floridsdorf mit Neubau des Hallenbades, Verkehrszentrum Floridsdorf, Prager Straße, Neubaugebiete in Strebersdorf, Schule Strebersdorf (Roda-Roda-Gasse), Prager Straße, Fahrt über die neue Nordeinfahrt (Nordbrücke), Nußdorfer Brücke, Heiligenstädter Brücke, Gürtelbrücke, Rathaus.

- - -

Eröffnungspremiere der Wiener Festwochen: "Die Welt ist Trug"

20. Mai (RK) Die Festwochen-Darbietungen im Theater an der Wien beginnen am Sonntag, den 22. Mai, mit der Uraufführung des Schauspiels "Die Welt ist Trug" (El Gran Duque de Gandia) von Pedro Calderón de la Barca.

Die Übersetzung des Stückes besorgte Anton Rothbauer, Bearbeitung und Regie liegen in den Händen von Ulrich Baungartner, Bühnenbild und Kostüme stammen von Heinz Ludwig, Musik von Paul Angerer und Choreographie von Rolf Scharre.

Die Darsteller des aus einem Vorspiel und dem eigentlichen Schauspiel bestehenden Stückes sind: Ingrid Kohr, Grita Kral, Gerlinde Locker, Edith Mill, Inge Rosenberg, Marianne Schönauer / Hans Dieter Bachmann, Rolf Beuckert, Walter Bluhm, Anton Duschek, Franz Elkins, Robert Freitag, Erik Frey, Bruno Hübner, Kurt Jaggberg, Rudolf Katzböck, Karl Krittl, Pit Krüger, Walter Regelsberger, Rolf Scharre, Rudolf Schippel, Rudolf Strobl, Hubert Tscheppe.

- - -

Junge Schweizer Schachmeister zu Besuch
=====

20. Mai (RK) Anlässlich eines Schach-Jugendländerkampfes, der vom 19. bis 22. Mai in Wien abgehalten wird - Veranstalter ist der Österreichische Schachbund -, besuchte heute früh die aus acht Jugendlichen bestehende Schweizer Länderauswahl mit ihren zwei Mannschaftsführern das Wiener Rathaus. Im Roten Salon wurden die jungen Schachmeister von Kulturstadtrat Gertrude Sandner im Namen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung herzlich begrüßt. Stadtrat Sandner wies darauf hin, daß Wien eine sehr schachfreudige Stadt ist und die Stadtverwaltung deshalb den sehr erfolgreichen Versuch unternommen hat, überdimensionale Schachbretter in verschiedenen Parkanlagen in den Boden einzulassen.

Der Präsident des Österreichischen Schachbundes, Franz Cejka, dankte im Namen der Gäste, denen zur Erinnerung Bildbände über Wien überreicht wurden, für den herzlichen Empfang im Rathaus. Abschließend nahmen die jungen Schweizer an einem Rundgang durch das Rathaus teil und verfolgten dabei von der Zuschauergalerie des Gemeinderatssitzungssaales aus die heute vormittag stattfindenden Sitzungen des Wiener Landtages und des Gemeinderates.

- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen Samstag, den 21. Mai, um 15 Uhr, Bürgermeister Bruno Marek die städtische Johnhausanlage, 22, Bernoullistraße 4, in "Bundesländerhof" benennen wird.
Zufahrt: Straßenbahnlinien 16 und 25.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu entsenden.

- - -

Singapurs Ministerpräsident im Wiener Rathaus
=====

20. Mai (RK) Der Ministerpräsident von Singapur, Lee Kuan Yew, der zu einem mehrtägigen Besuch in der österreichischen Bundeshauptstadt eingetroffen ist, besuchte heute vormittag in Begleitung seines Außenministers Sinnathamby Rajaratnam und des Kultur- und Sozialministers Othman Wok das Wiener Rathaus, wo Bürgermeister Bruno Marek die Staatsmänner herzlich begrüßte. In dem folgenden Gespräch kam die ungefähre Gleichartigkeit der Probleme der beiden Städte - Wohnbau, Verkehr, Wasser, Vollbeschäftigung - zum Ausdruck. Die Städte Singapur und Wien haben auch fast die gleiche Einwohnerzahl.

Bürgermeister Bruno Marek lud sodann die asiatischen Politiker zu einer Rundfahrt durch Wien ein, in deren Verlauf auch die Stadthalle besichtigt wurde.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====Bund soll Mehraufwand für 9. Schuljahr ersetzen

20. Mai (RK) Unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten, Dr. Wilhelm Stemmer (SPÖ), trat heute vormittag der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Es lag ein Antrag der SPÖ-Fraktion vor, von Bund die Abgeltung jenes Mehraufwandes zu fordern, der den Ländern und Gemeinden bei der Durchführung der Schulgesetze 1962 - Einführung des neunten Schuljahres - bereits entstanden ist und in Hinkunft noch entstehen wird. Die Kostenabgeltung soll im Rahmen des Finanzausgleiches erreicht werden. Der Antrag wurde dem Finanzausschuß des Wiener Gemeinderates zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Ferner hatte die FPÖ-Fraktion eine Anfrage betreffend die Vorlage des Entwurfes eines Wiener Behindertengesetzes eingebracht.

Bezüge der Gemeindebediensteten seit 1960 um 40 Prozent gestiegen

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Stadtrat Bock (SPÖ) die 27. Dienstrechtsnovelle der Stadt Wien. Die große Anzahl der Änderungen des Dienstrechtes der Gemeinde Wien in den letzten 15 Jahren ist vom juristischen Standpunkt aus vielleicht unbefriedigend. Die einzige Absicht der 27. Gesetzesnovelle war jedoch stets die dienstrechtliche und finanzielle Besserstellung der Gemeindebediensteten. Bereits im Februar hat der Gemeinderat beschlossen, als Vorschuß auf eine spätere Gehaltsregelung 550 Schilling zuzüglich 50 Schilling für jedes unversorgte Kind auszuzahlen. Inzwischen haben die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu einer Lösung geführt, derzufolge die Bezüge der öffentlichen Bediensteten ab 1. Juli um sechs Prozent erhöht werden. Im Sinne des Grundsatzes einer einheitlichen Besoldung der öffentlich Bediensteten wird auch die Stadt Wien diese Regelung übernehmen. Nach dem 1. Juli werden die von der Stadt Wien gezahlten Löhne und Gehälter seit 1960 um 40,1 Prozent gestiegen sein. Bei den niedrigen Lohnstufen ergeben sich sogar

Steigerungen bis zu 91,2 Prozent, wenn man die Verwendungszulagen berücksichtigt. Für die Anfangsgehälter ist eine Mindest-Steigerung von 120 Schilling festgesetzt. Nach dieser Regelung werden nur mehr 190 aktive Gemeindebedienstete knapp unter 2.000 Schilling im Monat verdienen. Die Stadt Wien hat also die Forderung nach einem Mindestgehalt von 2.000 Schilling praktisch erfüllt.

Die Bundesregierung hat mit den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vereinbart, die Bezüge ab 1. Jänner 1967 um weitere 2,5 Prozent zu erhöhen und die Kinderquote von 130 auf 150 Schilling aufzustocken. Die Stadt Wien wird auch diese Regelung übernehmen, jedoch erst im Zuge einer geplanten Umarbeitung des Dienstrechtes dem Landtag zur Beschlußfassung vorlegen. Stadtrat Bock dankte in diesem Zusammenhang allen Beamten, die an der raschen Ausarbeitung der vorliegenden Dienstrechtsnovelle mitgewirkt haben.

Die Debatte über die Gehaltserhöhung

Abg. Maller (KLS) bezeichnet die zu beschließende Gehaltserhöhung als knappe Abgeltung der Teuerung der letzten Monate. Die in Aussicht gestellten 2 1/2 Prozent, die ab 1. Jänner 1967 gewährt werden sollen, werden der weitergehenden Teuerung keinesfalls gerecht werden können. Mit dieser 27. Novelle hätte die Stadtverwaltung dokumentieren müssen, daß sie auf dem Sektor des Dienst- und Besoldungsrechtes vorbildlich ist. Sie hätte sich dazu durchringen müssen und gleich eine Erhöhung von 8 1/2 Prozent vornehmen sollen. Der offizielle Index beweist nämlich, daß die Teuerung, die im vergangenen Jahr nur kurze Zeit vor der Nationalratswahl zum Stillstand kam, ständig fortschreitet. Die öffentlich Bediensteten sind noch immer schlechter gestellt, als gleichartige Berufsgruppen in der Privatwirtschaft. Sicherlich bringt jede Gehaltserhöhung eine Belastung des Budgets, man kann aber nicht ständig alle Belastungen auf die Schultern der öffentlich Bediensteten abwälzen.

Die Bundeshauptstadt müsse sich endlich zu einer selbständigen Gehalts- und Personalpolitik durchringen. Das wäre früher schon notwendig gewesen, aber jetzt, wo die ÖVP die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien im Parlament vereitelt hat, wäre es unverständlich, würde die Gemeinde Wien weiterhin an einer einheitlichen Besoldung der öffentlichen Bediensteten festhalten. Die Stadt Wien müßte jetzt erst recht der Motor und ein Beispiel sein für die Gehalts- und Lohnpolitik des Bundes. Die Sozialisten müßten sich endlich von den alten Fesseln lösen und der Öffentlichkeit zeigen, wie man eine gute und gesunde Gehaltspolitik betreibt.

Der Vorlage werde die KLS-Fraktion die Zustimmung erteilen.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärt, seine Fraktion könne der Vorlage nur mit Vorbehalt zustimmen. Die zu beschließende Gehaltserhöhung sei nämlich nur eine ratenweise Erfüllung jener Forderung, die bereits im Frühsommer des vergangenen Jahres von den Gewerkschaften angesichts der Preislawine erhoben worden sei. Die Verhandlungen haben mehr als ein Jahr gedauert und das erzielte Ergebnis entspreche daher keineswegs mehr den tatsächlichen Preissteigerungen. Es sei fast schon das Schicksal der öffentlich Bediensteten geworden, daß sie bei dem ständigen Wettlauf von Löhnen und Preisen immer als letzte ans Ziel kommen. Außer den ständig steigenden Lebensmittelpreisen brachte auch die Grundsteuererhöhung eine neuerliche Belastung und ebenso die neuen Tarif- und Preisregelungen. Abzulehnen sei es auch, daß die Anfang April ausbezahlten 550 Schilling als Abgeltung für die ersten fünf Monate des Jahres 1966 gelten. Dieser Betrag wäre bestenfalls eine Abgeltung der Erhöhung für zwei Monate. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Bezüge der Gemeindebediensteten seit 1956 um 40 Prozent gestiegen sind, die Lebenshaltungskosten jedoch nur um 33 Prozent. Man darf aber hier nicht vergessen, daß die Lebenshaltungskosten netto gestiegen sind, die Bezüge jedoch brutto. Es ist daher kein Wunder, daß weite Kreise der Bediensteten an einer Lohnsteuerreform ebenso interessiert sind wie an einer Gehaltserhöhung, wie sie heute vom Landtag beschlossen wird. Die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens zeigt, daß die geschätzten Budget-Ansätze im Gegensatz zu allen anderen Steuern ständig höher sind.

Diese Tatsache zeige die berechtigte Forderung der Arbeiter und Angestellten nach einer Lohnsteuerreform.

Schlecht seien auch die Familien bei dem erzielten Verhandlungsergebnis weggekommen. Der ausbezahlte Vorschuß von 50 Schilling gilt für das ganze Jahr 1966, beträgt also im Monat rund vier Schilling pro Kind. Es haben auch die Gewerkschaften dem vorliegenden Verhandlungsergebnis nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die zuständigen Gebietskörperschaften jeweils bei der Erstellung des Budgets bereits für eine weitere Verbesserung des Realeinkommens vorsorgen müßten.

Die Benachteiligung der öffentlich Bediensteten hat bereits dazu geführt, daß sich immer mehr Bedienstete der Privatwirtschaft zuwenden und wir große Personalschwierigkeiten haben. In einer Handelsschule hat sich von einem ganzen Jahrgang kein Schulabgänger für den öffentlichen Dienst gemeldet.

Der Redner erhebt die Forderung, die langversprochene Änderung des Gehaltsgesetzes endlich vorzunehmen und dadurch vorzusorgen, daß Bedienstete auch in jungen Jahren bereits zu einem vernünftigen Gehalt kommen. Nur in diesem Sinne werde die FPÖ-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Abg. Dr. Bauer (ÖVP) hebt hervor, daß mit dieser Vorlage zum 27. Mal das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien abgeändert werden soll, wobei es sich um die fünfzehnte Änderung der Besoldungsordnung handelt. Wieder einmal steht der Landtag vor einem Entschluß, der sehr erhebliche finanzielle Belastungen für die Stadt Wien bringt, gleichzeitig aber auch die Lage der Bediensteten unserer Stadt bedeutend verbessern wird. Das soll vor allen im Hinblick auf die Kritiker von ganz rechts und ganz links vermerkt werden. Diese Kritiker brauchen sich um die Bedeckung, um die Aufbringung der beträchtlichen Mittel nicht kümmern, daher können sie schrankenlose Lizitationspolitik treiben, die freilich auch in der breiten Öffentlichkeit allzu leicht durchschaubar ist.

Der Weg bis zur Beschlußfassung war recht lang, umso mehr ist die Disziplin und das Verantwortungsbewußtsein der Bediensteten in Bund, Ländern und Gemeinden zu würdigen, die durch ihre gewählten Gewerkschaftsvertreter im Juni 1965 ihre Forderungen anmeldeten.

Mit dem Beschluß des Hauptausschusses vom Frühjahr 1966 auf Auszahlung eines Vorschusses wurde die Mär widerlegt, daß die ÖVP beamtenfeindlich sei. Gerade die Volkspartei verfügt in Parlament, aber auch in den Landtagen, auch im Wiener Landtag, über Mandatare, die selbst Beamte oder Vertragsbedienstete sind und aus eigener Anschauung die Situation der Beamtenschaft kennen. Der sehr starke Arbeitnehmerflügel der ÖVP, unsere Vertrauensleute in den Gewerkschaften und unsere Mandatare, vor allem des Arbeiter- und Angestelltenbundes, haben seit der Beschlußfassung über den Vorschuß ganze Arbeit geleistet. Während sich Verhandlungen über Gehaltserhöhungen zur Zeit der alten Koalitionsregierung mehr hinschleppten als hinzogen, hat die neue Bundesregierung, die nur aus Vertretern der Volkspartei besteht, gemeinsam mit den Delegierten des Städtebundes und des Gemeindebundes anfang Mai ganze sechs Stunden gebraucht, um mit den Gewerkschaftsvertretern eine Einigung zu erzielen. Darauf sei besonders hingewiesen, weil man sicher wieder Behauptungen hören wird, die Sozialisten und nur die Sozialisten seien es gewesen, die den Beamten höhere Gehälter verschafft hätten.

Der Redner wiederholt dann die Forderung auf Wiederverlautbarung des Gesetzes und spricht sich dafür aus, durch Experten das Problem der höheren Anfangsbezüge zu erörtern. Er spricht seinen Dank den Beamten aus, die den Entwurf ausgearbeitet haben, ebenso auch jenen, die alles daransetzen werden, daß die erhöhten Bezüge termingemäß ausgezahlt werden können. Auch begrüßt er es, daß bei der Erhöhung der Verwendungszulagen durch Umwandlung von Arztedienst-, Pflegedienst- und bzw. Erzieherdienstzulagen in entsprechende Verwendungszulagen wenigstens ein kleines Stück in Richtung auf eine von der ÖVP wiederholt geforderte Sanierung des Zulagenwesens getan wurde.

Die Mandatare der Volkspartei seien stolz darauf, daß mit diesem Gesetzentwurf ein weiterer Schritt zu einer besseren Bezahlung der öffentlich Bediensteten getan wird. Sie werden der Vorlage selbstverständlich gerne zustimmen.

Abg. Kostelecky (SPÖ) gibt einen detaillierten Rückblick auf die bereits im Herbst vergangenen Jahres begonnenen Gehaltsverhandlungen. (Zwischenruf von Vizebürgermeister Slavik: "Die sechs Stunden haben lange gedauert!") Die Gewerkschaft der Gemeindefunktionsbediensteten ist der Meinung, daß bei einigem guten Willen der Bundesregierung schon ab 1. Jänner 1966 eine Regelung möglich gewesen wäre.

Schon im Herbst 1965 hat sich die Gewerkschaft entschlossen, ihre solidarische Lohnpolitik weiter aufrechterhalten, solange es noch möglich ist, zu vernünftigen Abschlüssen mit dem Bund zu kommen. Die Verhandlungen werden im übrigen deshalb mit dem Bund geführt, weil ein großer Teil der Mitglieder der Gewerkschaft außerhalb Wiens ansässig und daher auf Bundesbeschlüsse angewiesen ist.

Das siebenprozentige Plus bei den Gehaltserhöhungen gegenüber den Preiserhöhungen zur gleichen Zeit (33 Prozent) ist eigentlich noch höher, da in der 40prozentigen Erhöhung der 14. Monatsgehalt und die Verwendungszulage nicht mit eingerechnet sind. Die Zulagenpolitik im Rathaus wird sich im übrigen auch auf die Pensionen sehr auswirken.

Zu der sechsstündigen letzten Verhandlung ist zu sagen, daß die Bundesregierung gleich zu Beginn ihren Standpunkt darlegte - fünf Prozent ab 1. Juli, drei Prozent ab 1. Jänner - und bis zur letzten Minute darauf beharrte. Erst in dieser letzten Minute konnten, nicht zuletzt dank der Verhandlungstaktik von Vizebürgermeister Slavik und Landeshauptmann Sima, sechs Prozent ab 1. Juni und zweieinhalb Prozent ab 1. Jänner, insgesamt also achteinhalb Prozent, ausgehandelt werden. Auch bei der Kinderzulagenerhöhung von 20 Schilling war die Regierung zu keinem früheren Termin bereit. Wo bleibt da die angebliche familienfreundliche Politik?

Über eine Änderung des Gehaltsgesetzes wurde seitens der Gewerkschaft heuer zum ersten Mal gesprochen. Eine solche Änderung birgt eine große Problematik, denn die Erhöhung der Anfangsbezüge allein würde eine Nivellierung der Endbezüge bedeuten. Eine solche Änderung würde die Gewerkschaft niemals befürworten.
./.

Der Redner gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die zuständigen Beamten die Dienstrechtsnovelle so rasch ausgearbeitet haben, daß die Erhöhung mit 1. Juli in Kraft treten kann. Die Gewerkschaften der öffentlich Bediensteten haben bei der Bundesregierung auch schon ihre Forderungen für 1967 angemeldet, damit im Budget dafür rechtzeitig Vorsorge getroffen werden kann.

Stadtrat Bock stellte in seinem Schlußwort fest, daß es keineswegs das alleinige Verdienst der ÖVP-Regierung ist, daß diese Regelung zustande kam. Wenn gesagt wurde, daß die Gehaltsverhandlungen unter den früheren Koalitionsregierungen verschleppt wurden, muß dem entgegengehalten werden, daß es stets die ÖVP-Finanzminister waren, durch die diese Verschleppung eintrat. Während aber damals ein ÖVP-Minister sagen konnte: "Laßt sie doch streiken", wäre der derzeitigen ÖVP-Alleinregierung ein Streik natürlich höchst unwillkommen, weshalb auch weniger Schwierigkeiten gemacht wurden.

Die einheitliche Gehaltspolitik liegt nicht nur im Interesse der Regierung, sondern auch im Interesse der öffentlich Bediensteten selber. Wien wirkt trotz dieser einheitlichen Regelung als dienstrechtlicher Motor, namentlich in der Frage der Verwendungszulagen und der Anrechenbarkeit der Zulagen auf die Pensionen, die noch heuer endgültig geregelt wird. Wien hat auch bei der Sonderzahlung die Initiative ergriffen.

Die Rücklagenpolitik der Stadt Wien ermöglicht es, Gehaltsforderungen aufzufangen, ohne eine Budgetkrise heraufzubeschwören. Daher ist eine allzu weit vorausschauende Einplanung von Gehaltserhöhungen für Wien weder notwendig noch zweckmäßig.

Im Jahre 1966 kostet die neue Gehaltsregelung der Hoheitsverwaltung 90 Millionen und den Stadtwerken 50 Millionen Schilling. Dazu kommen noch Verwendungszulagen und Nebengebühren, die die Hoheitsverwaltung mit 9, die Stadtwerke mit 6 Millionen belasten.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde die 27. Dienstrechtsnovelle in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

20. Mai (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat sodann der Wiener Gemeinderat zusammen. Ihm lagen vier Anfragen der KLS-Fraktion, zwei der FPÖ- und zwei der ÖVP-Fraktion vor. Die SPÖ hatte einen Antrag eingebracht, den Treibstoff für die Wiener Verkehrsbetriebe, die Fahrzeuge der Feuerwehr, des städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes sowie des Straßenreinigungs- und Müllabfuhrdienstes von der Bundesmineralölsteuer zu befreien, wie dies der Landwirtschaft für ihre Traktoren und Maschinen zugestanden wurde.

Die ÖVP legte einen Antrag betreffend Einplanung von Wohnteilen für alte Menschen in städtischen Wohnhausanlagen, beziehungsweise einen Antrag betreffend die einheitliche Bodenmarkierung der Kurzparkzonen vor. Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Hermine Fiala als Gemeinderätin angelobt

Anstelle des zum Bezirksvorsteher von Favoriten gewählten Gemeinderates Emil Fucik (SPÖ), der sein Mandat zurückgelegt hat, wurde als nächster Ersatzmann der SPÖ für den 10. Bezirk, Hermine Fiala, in den Gemeinderat berufen und von Bürgermeister angelobt.

Dank an Bezirksvorsteher Karl Wrba

Bürgermeister Bruno Marek würdigte sodann die **Tätigkeit** des auf eigenen Wunsch in den Ruhestand versetzten langjährigen Bezirksvorstehers von Favoriten, Karl Wrba (SPÖ), der seit 1945 im größten Wiener Gemeindebezirk, der auch der Bezirk mit den größten Kriegsschäden war, wertvollste Bautätigkeit geleistet hat und die Wertschätzung aller Fraktionen der Bezirksvertretung Favoriten genießt. Unter allgemeinem Beifall sprach Bürgermeister Marek Karl Wrba den Dank des Wiener Gemeinderates für seine Leistungen aus. Dem neuen Bezirksvorsteher, Emil Fucik (SPÖ), dankte der Bürgermeister für seine Tätigkeit im Wiener Gemeinderat, den er seit 1953 angehörte und für seine Arbeit als Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für Öffentliche Einrichtungen sowie als Mitglied der Gemeinderatsausschüsse für Baubehördliche und sonstige tech-

nische Angelegenheiten und für Gesundheitswesen. Er wünschte ihm vollen Erfolg in seinem neuen Amt als Bezirksvorsteher von Favoriten.

Durch das Ausscheiden des Gemeinderates Fucik sind je eine Stelle in den Gemeinderatsausschüssen VII und VIII sowie eine Stelle eines Ersatzmitgliedes des Disziplinarkollegiums freigeworden und daher neu zu besetzen. Die SPÖ hat das Vorschlagsrecht und schlägt Gemeinderat Alfred Hasenkopf für die Gemeinderatsausschüsse VII und VIII und Gemeinderat Julius Fischer als Ersatzmitglied des Disziplinarkollegiums vor. Für das von Gemeinderat Hasenkopf zurückgelegte Mandat als Mitglied des Gemeinderatsausschusses IX wird Gemeinderat Hermine Fiala vorgeschlagen.

Die Genannten werden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt.

Neue Grünanlage in Mariahilf

GR. Helene Potetz (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet zwischen Hofmühlgasse, Gumpendorfer Straße, Esterhazygasse und Mollardgasse im 6. Bezirk. Sie stellt fest, daß der 6. Bezirk zu jenen Teilen der Stadt zählt, die am schlechtesten mit Grünflächen versorgt sind. Vier Erholungsgrünflächen stehen bisher zur Verfügung, die aber teilweise durch wichtige Straßenausbauten beeinträchtigt wurden. Angesichts der katastrophalen Grünflächennot hat die Stadtverwaltung einen Plan zur Schaffung neuer Grünflächen ausarbeiten lassen. Zur Errichtung dieser ersten neuen Grünfläche ist eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes notwendig. Die Referentin ersucht daher, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

GR. Matza (ÖVP) verweist darauf, daß der vorliegende Antrag einer immer wieder vorgebrachten Forderung der Bezirksvertretung und der Bevölkerung des 6. Bezirkes nach Schaffung von Grünflächen in diesem Gebiet Rechnung trägt. Besonders schwierig wurde die Situation auf diesem Sektor, als der Franz Schwarz-Park im Zuge des Ausbaues eines Verkehrsknotens den Verkehr geopfert werden mußte. Der Redner verweist auf die Untersuchungen des Instituts für Raumplanung.

Der 6. Bezirk ist der an Grünflächen ärmste unserer Stadt. Er hat ein Ausmaß von 146 Hektar, laut Volkszählung 1961 eine Bevölkerung von 41.216 Personen und laut Betriebsaufnahme vom Jahre 1959 mehr als 40.000 Arbeitsplätze. Daraus ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von 282 Personen je Hektar, bei Hinzuzählung der im Bezirk Beschäftigten eine Dichte von 560 Personen. Gerade in diesem Bezirk gibt es auch keine Ausweichmöglichkeiten in Grünflächen anderer Bezirke. Der theoretische Bedarf würde nach der Untersuchung des Instituts bei 93.000 Quadratmeter für Kinderspielplätze liegen, wobei der Bedarf jetzt nur zu 2,8 Prozent gedeckt ist. Ebenso ungedeckt ist der Bedarf an Flächen für Sport- und Spielplätze. Es müßten für den Bezirk acht Grünanlagen geschaffen werden, um wenigstens den Kindern und den älteren Leuten den Aufenthalt im Freien zu ermöglichen. Bei den Sportanlagen wird eine Bedarfsdeckung im Bezirk selbst derzeit nicht möglich sein.

Sicherlich wurde auch bisher alles unternommen, um vorhandene Flächen gärtnerisch zu gestalten. In der Zukunft wird es notwendig sein, alle irgendwie freiwerdenden Gemeindegründe durch Umwidnungen einer Verwendung als Grün- und Erholungsflächen zuzuführen. Der vorliegende Antrag ist hoffentlich nur ein Anfang, dem viele weitere Umwidnungen im Interesse der Bevölkerung des 6. Bezirkes folgen mögen. Es sei Aufgabe des Gemeinderates, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung unserer Stadt, besonders aber die Kinder, in der Nähe ihrer Wohnstätten Erholungsmöglichkeiten finden.

Die ÖVP-Fraktion werde daher dem vorliegenden Antrag zustimmen.

GR. Helene Potetz spricht im Schlußwort die Hoffnung aus, daß es im Interesse der 41.000 Mariahilfer gelingen möge, im nächsten Jahrzehnt auch in diesem Bezirk mehr Grünflächen zu schaffen. Der vorliegende Antrag sei ein Anfang, dem hoffentlich bald weitere derartige Beschlüsse folgen mögen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Gemeinderat bewilligt zwei Millionen für Integrationsstudien

Gemeinderat Walzer (ÖVP) legt sodann den Antrag vor, für die Bestreitung der Kosten von Integrations- und Koordinierungsstudien zwei Millionen Schilling zu bewilligen.

Gemeinderat Haag (ÖVP) erinnert daran, daß die Anregung im November 1963 vom Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer an den damaligen Bürgermeister herangetragen wurde, eine gemeinsame Stelle zu errichten, in der Integrations- und Koordinierungsfragen, die besonders den Wiener Raum beschäftigen, gemeinsam besprochen werden können. Es wurden dann mehrere Ausschüsse gebildet und Untersuchungen angestellt, mit dem Bestreben, die Integrationsprobleme aus der Sicht Wiens besonders zu untersuchen. Insbesondere soll auch der Wiener Kommunalverwaltung die Möglichkeit gegeben werden, die Probleme aus Wiener Sicht zu sehen und entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Jede neue Stufe einer Zollherabsetzung im EWG-Raum und jede neue Maßnahme der EWG-Behörden bedeutet für Österreich neue Schwierigkeiten und einen neuen Wettlauf mit der Zeit. Für Wien entstehen die Probleme insbesondere aus seiner Randlage. Denn mit jedem Kilometer, mit dem ein Land oder eine Stadt vom Zentrum des EWG-Raumes entfernt ist, entstehen neue Probleme. Bisher hatte man im EWG-Raum keine besondere Freude mit dem österreichischen Osthandel. Nun zeigen auch die EWG-Länder immer mehr Interesse am Osthandel. Das gibt uns eine echte Chance und neue Möglichkeiten. Darum werden diese Koordinations- und Integrationsstudien für unsere Wirtschaft und damit für unsere Bevölkerung von Interesse. Es besteht auch die Möglichkeit, daß durch intensive Handelsbeziehungen auch die politischen Beziehungen etwas aufgelockert werden können. Auch darin liegt für unsere Stadt Wien eine große Aufgabe. So können wir hoffen, daß diese zwei Millionen für unsere Wirtschaft und für die Bevölkerung von Nutzen sein werden.

Gemeinderat Schreiner (SPÖ) erklärt, daß so ein Beitrag zur Durchführung dieser Arbeiten gar nicht hoch genug angesetzt werden kann. Die europäische Integration wird nicht aufzuhalten sein. Daran ändere auch die politische Zweiteilung unseres Kontinents und die wirtschaftliche Drei- und Vierteilung nichts. Die politischen Gegebenheiten sind einer Integration derzeit nicht gerade förderlich. Trotzdem ist die EWG, die EFTA und die - wenn auch in Lockerung befindliche - wirtschaftliche Vereinigung der Ostblockstaaten gegeben. ./.

Damit sind auch Ansatzpunkte für eine weitere Entwicklung zur **echten** wirtschaftlichen Vereinigung Europas vorhanden. Wir werden bei den Bestrebungen zur Integration des europäischen Raumes sehr viel Phantasie brauchen. Unter Bedachtnahme auf unsere freiwillig übernommene Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität und auf die wirtschaftliche Struktur unseres Landes müssen wir trachten, im Zuge der Integration des europäischen Raumes für uns das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Gleichzeitig müssen wir alles unternehmen, um unsere derzeitige Randlage wieder in einen Schnittpunkt zu verwandeln. Wien soll wieder jene in der Geschichte oft ausgeübte Funktion des Mittlers und Vermittlers im europäischen Raum erhalten, die unserer Stadt sehr oft die Bezeichnung "das Herz Europas" eintrug.

Wir schaffen uns nun ein Instrument, mit dessen Hilfe wir am Fortschritt unserer Stadt weiterarbeiten und das Lebensglück unserer Kinder zimmern können.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hierauf beantragt GR. Gawlik (SPÖ), den Sachkredit für den Schulneubau in Wien 21, Dunantgasse, von 16,823.350 auf 20,730.000 Schilling zu erhöhen.

GR. Walzer (ÖVP) bittet einleitend, seine folgende Kritik positiv zu werten. Die ÖVP sei selbstverständlich für den Schulbau, und sie sei ebenso selbstverständlich dafür, daß für diese Zwecke ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.. Gleichzeitig aber sei sie der Meinung, man müsse auch verlangen, daß mit diesen Geldern sparsam umgegangen werde.

Am 31. Juli 1964 wurde vom Wiener Gemeinderat unter anderem der Neubau der Schule Dunantgasse beschlossen. Wieso aber wird heute verlangt, daß Mehrkosten für diesen Bau von mehr als 23 Prozent beschlossen werden sollen? An Hand der Unterlagen ergibt sich folgendes Bild:

Zunächst zeigt die geschätzte Baukostensumme von 16,823.350 Schilling, daß man genaue Berechnungen angestellt haben muß.

./.

Fünfeinhalb Monate nach dem Gemeinderatsbeschuß, am 14. Jänner 1964, vergab dann der Bauausschuß des Gemeinderates die Erdarbeiten für den Neubau dieser Schule mit einer Kostenhöhe von 195.000 Schilling. Am 8. April 1965 beschloß der Bauausschuß, der Bietgemeinschaft "Bauring" die Unternehmerarbeiten für den Schulneubau mit Kosten von 21,3 Millionen Schilling zu übertragen. Rechnet man nun die Kosten für die Erdarbeiten vom ersten Betrag ab, so kommt man auf 16,628.350 Schilling, aber niemals auf 21,3 Millionen. Der heute vorgelegte Antrag wiederum sieht eine Baukostenerhöhung von 16,823.350 auf 20,730.000 Schilling vor. Allein auf Grund dieser Feststellungen muß man sich fragen, ob hier korrekt vorgegangen wurde.

Dazu kommt noch folgendes: Der Bauauftrag wurde dem Bauring erteilt. Die ÖVP-Mitglieder des Bauausschusses haben jedoch gegen diese Vergabe protestiert, da keine Vergleichsangebote vorgelegt wurden. Dieser Protest wurde von zuständigen Stadtrat mit der Erklärung abgetan, daß die Schule Dunantgasse unbedingt in Herbst 1965 zur Verfügung stehen müsse. Warum jedoch wurde nicht gleich nach dem Beschluß des Gemeinderates eine Ausschreibung durchgeführt? Es erscheint keinesfalls richtig, nach acht Monaten das Verlangen nach einer Ausschreibung abzuweisen, weil der Bau angeblich dringlich sei.

Im Akt sind keine detaillierten Aufstellungen über die Mehrkosten enthalten. In der letzten Ausschußsitzung wurde erklärt, daß rund die Hälfte der Mehrkosten durch die Erhöhung der Lohn- und Materialkosten verursacht worden sei. Außerdem sei die erste Schätzung der Kosten nicht genügend genau gewesen, da erstmals eine ganze Schule von der Wiener Montagebau-Gesellschaft errichtet werde. Hier muß gefragt werden, ob denn die Gemeinde Wien die Experimentierbühne für sogenannte gemeinwirtschaftliche Unternehmungen zu Lasten der Steuerzahler sei.

Paradoxerweise bleiben die nunmehr erhöhten Baukosten noch immer unter der Summe, die vom Bauausschuß am 8. April 1965 beschlossen wurde. Ist das nicht aufklärungsbedürftig?

Anschließend stellt GR. Walzer die Frage, warum keine Ausschreibung für dieses Projekt durchgeführt wurde. Soll die Montagebau-Gesellschaft ein Monopol für Schulbauten bekommen? Aus den

vom Wiener Magistrat für verbindlich erklärten Richtlinien über die Vergebung von Leistungen geht zwingend hervor, daß dieses Bauprojekt hätte öffentlich ausgeschrieben werden müssen.

Im folgenden verweist GR. Walzer auf einen Bericht aus Linz, aus dem hervorgeht, daß dort eine zwölfklassige Schule mit Nebenräumen, wie sie in der Dunantgasse errichtet wird, 7,8 Millionen Schilling kostet, ein Turnsaal mit Nebentrakt, wie er in der Dunantgasse vorgesehen ist, wird in Linz nach der VÖEST-Montagebauweise um 3,850.000 Schilling errichtet. Das heißt also, daß der Bau einer solchen Schule in Linz kaum die Hälfte von dem kostet, was in Wien dafür ausgegeben wird.

Sodann legt Gemeinderat Walzer einen Antrag vor, in dem es heißt: "Der Wiener Gemeinderat verlangt im Interesse der möglichst sparsamen Verwendung von Steuer- und Finanzmitteln und zur Ausschaltung einseitiger Bevorzugung die strikteste Einhaltung der vom Magistrat (M.D.-1755/64) erlassenen Richtlinien hinsichtlich der Vergebung von Leistungen, einschließlich Bauleistungen, auch soweit die Stadt Wien als Auftraggeber in Erscheinung tritt."

Im Schlußwort stellt Berichterstatter Gemeinderat Gawlik fest, daß die Sparsamkeit mit Steuermitteln bei der Wiener Stadtverwaltung stets Vorrang und Priorität habe. Dies sei auch hier der Fall. Alle Vorhaben seien genauestens kalkuliert worden. Die Vorwürfe müßten daher als indirekter Angriff auf die Beamtenschaft angesehen werden. (Zahlreiche Zwischenrufe aus den Bänken der ÖVP: "Sie machen sich's leicht!") Von 1964 bis heute habe es wesentliche Preis- und Lohnsteigerungen gegeben, die nun auch in dieser Erhöhung ihren Niederschlag finden. Dazu kommen große Schwierigkeiten bei den Fundamentierungsarbeiten für diesen Schulbau, die durch den steigenden Grundwasserspiegel hervorgerufen wurden. Und Hochwasser und Überschwemmungen können ja wohl nicht einkalkuliert werden. Der Schulbau muß beschleunigt durchgeführt werden, da der Bevölkerungszuwachs von rund 2.000 Personen jährlich im 21. Bezirk sehr groß ist.

./.

Wiener Fachleute haben die Wohnbautätigkeit in Linz schon vor einiger Zeit studiert, damals aber war die VÖEST-Montagebauweise noch nicht spruchreif und für Wiener Verhältnisse daher nicht anwendbar. Der Bauring hat sich schon bei verschiedenen Bauten, so bei den Schulbauten Roda-Roda-Gasse, Migerkastraße und Altmannsdorfer Straße, als Bestbieter weitaus besser bewährt als andere Firmen. Abschließend beantragt der Berichterstatter, den Antrag der ÖVP dem Stadtsenat zuzuweisen.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Vergrößerung der Simmeringer Feuerhalle

GR. Neusser (ÖVP) referierte einen Antrag auf Umbau- und Vergrößerung der Simmeringer Feuerhalle mit einem Kostenaufwand von 5,4 Millionen Schilling: Schon seit längerer Zeit bestand die Absicht, die Feuerhalle in Simmering umzugestalten, zu modernisieren und zu vergrößern. Dabei wurde angestrebt, die derzeit zweigeteilte Zeremonie, die aus der Aufbahrung in einer Koje und der Verabschiedung in einem Zeremonienraum besteht, zu einer einheitlichen zusammenzufassen, in deren Rahmen der Verstorbene nicht hin- und hertransportiert werden muß. Außerdem sollen Altäre in verschließbaren Nischen christliche Einsegnungen ermöglichen. Die Einwirkung der Strahlungswärme von den unter der Zeremonienhalle befindlichen Einäscherungsöfen soll möglichst ausgeschaltet werden.

Seit 1964 hat die römisch-katholische Kirche begonnen, Verstorbene ihres Bekenntnisses unter gewissen Bedingungen auch dann einzusegnen, wenn sie der Feuerbestattung zugeführt werden. Aufrecht blieb jedoch das Verbot für die katholischen Priester, das Krematorium selbst zu betreten. Diese Gegebenheiten müssen bei der baulichen Gestaltung berücksichtigt werden.

Das erzbischöfliche Ordinariat Wien hat auf Grund einer Entscheidung des Heiligen Offiziums vom Dezember 1965 die kirchliche Benützung eines dem Krematorium angegliederten Raumes gestattet, wenn dieser deutlich als Anbau an die bestehende Feuerhalle kenntlich ist, eine eigene Altarnische und separate Zugänge für die Priester hat. Nach diesen Bedingungen hat man die Umbaupläne durch Professor Clemens Holzmeister, von dem auch das bisherige Krematorium stammt, machen lassen.

GR. Binder (SPÖ) meinte in seinem Debattenbeitrag, der vorliegende Antrag sei ein Beweis dafür, daß durch Beharrlichkeit und Appell an die Vernunft auch in überaus heiklen Fragen vernünftige Lösungen möglich sind. Durch den steigenden Lebensstandard ist auch die Nachfrage nach eigenen Familiengräbern gestiegen. Dies hat eine beträchtliche Raumnot auf unseren Friedhöfen mit sich gebracht. Man muß bedenken, daß früher 50 Prozent der Beerdigungen in Schachtgräbern erfolgten, weil die Angehörigen sich keine andere Begräbnisform leisten konnten. Man hat daher nicht nur einen neuen Friedhofsplan und einen Finanzplan für die städtischen Friedhöfe ausgearbeitet, sondern auch die Erhöhung des Prozentsatzes von Kremationen angestrebt. Dem stand die Gesetzgebung der römisch-katholischen Kirche entgegen. Das Konzil hat die Bestimmungen weitgehend gelockert, in Wien aber blieb das Verbot für die Priester aufrecht, bei Kremationen mitzuwirken. Gemeinderat Binder erinnerte daran, daß er selbst seinerzeit vorgeschlagen habe, die Feuerhalle so umzubauen, daß den Priestern die Vornahme von Einsegnungen ermöglicht wird. Die Kremationen werden ja nicht aus weltanschaulichen, sondern nur aus praktischen Erwägungen gefördert.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Alsletzter Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag abgestimmt, die Bezüge der Sekundärärzte sowie der Abteilungs- und Institutsassistenten der Spitäler ab 1. Juni zu erhöhen. Der Antrag wurde ohne weitere Debatte einstimmig angenommen.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

20. Mai (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kochsalat 2 bis 6, Ungarische Erbsen 7 bis 10 S je Kilogramm, Grundsalat 1.50 bis 2 S je Stück.

Obst: Italienische Äpfel 6 bis 8 S, Bananen 7 bis 12 S, Orangen 6 bis 10 S je Kilogramm.

- - -

Die Besetzung der "Schwarzen Spinne"
=====

20. Mai (RK) Die Zwölfton-Oper "Die schwarze Spinne" von Josef Matthias Hauer wird in einer Eigenproduktion der Direktion der Wiener Festwochen am 23. Mai im Theater an der Wien uraufgeführt.

Buch nach Jeremias Gotthelf von Hans Schlesinger. Musikalische Einrichtung für die Wiener Festwochen: Fritz Racek. Regie: Kurt Wilhelm. Bühnenbild: Gerhard Hruby. Kostüme: Edith Almoslino. Choreographie: Jürgen Feindt. Musikalische Leitung: Michael Gielen. Wiener Symphoniker, Wiener Staatsopernchor (Choreinstudierung: Norbert Balatsch), Mitglieder des Wiener Staatsopernballetts.

Darsteller: Althea Bridges, Marilyn Tyler/Maurice Bensaçon, Willy Ferenz, Ernst Gutstein, Paul Huddleston, Kunikazu Ohashi, Johann Pipal, Walter Poduschka, Otto von Rohr, Paul Schöffler.

- - -

"Bayrische Sudetendeutsche" im Rathaus
=====

20. Mai (RK) Im Steinernen Saal des Wiener Rathauses begrüßte heute nachmittag Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel eine Gruppe von 80 Sudetendeutschen aus dem bayrischen Ort Kaaden, die für einige Tage in Wien zu Besuch ist. Der Vizebürgermeister wünschte den Gästen einen angenehmen und abwechslungsreichen Aufenthalt in unserer Stadt. Im Anschluß an den Empfang nahm die Gruppe an einer Führung durch das Rathaus teil.

- - -

Der Himmelfahrtstag in den städtischen Sommerbädern
=====

20. Mai (RK) Gestern verzeichneten die städtischen Sommerbäder infolge des frühsummerlichen Schönwetters eine beachtliche Besucherzahl. Im Gänsehäufel fanden sich 17.000 Badegäste ein, im Laaer Berg Bad 7.300, im Krapfenwaldlbud 4.000, im Ottakringer Bad 3.900, im Strandbad Alte Donau 3.700, im Kongreßbad 3.400 und im Theresienbad 2.500. Das Ottakringer Bad und das Theresienbad waren zu Mittag ausverkauft. Insgesamt wurden in den städtischen Sommerbädern 47.513 Badegäste gezählt.

- - -

Festwochen der Wiener Küche
=====Bürgermeister Marek eröffnet "Wiener Kulinarisches Festival 1966"

20. Mai (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses gab heute Bürgermeister Bruno Marek den Auftakt zum "Wiener Kulinarischen Festival 1966", das heuer zum achten Mal vom Bund österreichischer Gastlichkeit veranstaltet wird. Bürgermeister Bruno Marek hat auch den Ehrenschatz dieser nun schon traditionellen 'Festwochen der Wiener Küche' übernommen, die in den Gaststättenbetrieben, die sich daran beteiligen, morgen Samstag, den 21. Mai, beginnen.

Vonseiten der Stadt Wien hatten sich mit Bürgermeister Bruno Marek die Vizebürgermeister Felix Slavik und Dr. Heinrich Drimmel, die Stadträte Gertrude Sandner, Dr. Maria Schau-mayer und Rudolf Sigmund sowie Obersenatsrat Dr. Max Steiner in Vertretung des Magistratsdirektors eingefunden.

Nach Grußworten des Präsidenten des "Bundes österreichischer Gastlichkeit" Wien sprach Bürgermeister Marek über den Erfolg des Kulinarischen Festivals, das für den Wiener Fremdenverkehr bereits Bedeutung erlangt hat und auch für die Pflege bester österreichischer Kochkunst wichtig ist. Die vom Bund österreichischer Gastlichkeit im Ausland durchgeführten Veranstaltungen haben den Ruf der Wiener Küche in der weiten Welt gefestigt. Bürgermeister Marek würdigte in diesem Zusammenhang auch die Verdienste von Gemeinderat Kommerzialrat Fröhlich und erklärte die Veranstaltung für eröffnet.

Anschließend wurde er unter Assistenz vieler würdiger, mit langen Kochlöffeln bewehrter Männer zum "Kulinarischen Ritter" geschlagen, deren Ständessymbol eben der mächtige Kochlöffel ist, der mit Bändern in den Farben der Stadt Wien geschmückt wird.

Heuer beteiligten sich insgesamt 37 Gastbetriebe in Wien bzw. aus dem "Kulinarischen Ring um Wien" - der sich aus der Landesgruppe Niederösterreich im Bund österreichischer Gastlichkeit rekrutiert - an dem Gauner-Festival.

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch heuer wieder ein Prospekt aufgelegt, in dem die teilnehmenden Betriebe und deren Spezialitäten angeführt sind. Die Gäste erhalten Teilnehmerkarten, in denen die "Bewältigung" von fünf "Kulinarischen Mahlzeiten" einzutragen ist, worauf das Diplom eines "Gourmet Viennois" verliehen wird.

- - -

Europäische Kiwanis-Clubs im Rathaus

=====

20. Mai (RK) Zu Ehren der 2. Konferenz der europäischen Kiwanis-Clubs, die gegenwärtig in Wien tagt, gab Bürgermeister Bruno Marek heute einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses. In seiner Vertretung begrüßte Stadtrat Rudolf Sigmund die Gäste, die aus zahlreichen europäischen aber auch aus überseeischen Ländern kamen.

Die Kiwanis-Clubs sind eine internationale Organisation, die sich vor allem caritativen Aufgaben verschrieben hat. Der Kiwanis-Club Wien wurde als erster derartiger Club Europas 1963 gegründet. Seine Ziele sind die Unterstützung bedürftiger Kinder und andere wohltätige Projekte. Das Wort "Kiwanis" kommt aus dem indianischen Sprachbereich und bedeutet etwa "Eigeninitiative".

- - -

-

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

20. Mai (RK) Montag, den 23. Mai, Route 1 mit Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Internationales Studentenheim, Volksheim und Volksschule In der Krim. Ausflugsrestaurant Bellevue, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottokring sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -